

Die Welt verändern.

KPÖ



Stimme gegen Privatisierung

- „Wir vertreten eure Interessen“, sagen die einen und verscherbeln Post, Bahn, Wasser und kommunale Betriebe.
- „Über unsere Lebensgrundlagen wollen wir selbst bestimmen“, sagen wir. Denn wo Politik Geschäft ist, wird in die eigene Tasche privatisiert.
- Die Alternative: Demokratisierung und Ausbau öffentlichen Eigentums. Grundversorgung sichern, statt prinzipienlos um die Macht pokern.

Privatisierung und Ausverkauf stoppen!

Öffentliches Eigentum wird – nicht erst seit die schwarz-blaue Regierung im Amt ist – verscherbelt. Die KPÖ und der Gewerkschaftliche Linksblock hingegen treten für den Erhalt und den Ausbau von öffentlichem Eigentum und gegen den Ausverkauf ein. Auch dies unterscheidet uns von der parlamentarischen Opposition, die in dieser für das Land so zentralen Frage einen „Zick-Zack-Kurs“ fährt. Seit November 2002 ist, auf Initiative der KPÖ, eine BürgerInnen-Initiative tätig, die es sich zum Ziel gesetzt hat, öffentliches Eigentum unter Verfassungsschutz zu stellen.

Wir wollen zugleich in einer Kampagne aufzeigen, warum die Privatisierung öffentlichen Eigentums idiotisch ist und warum öffentliches Eigentum Sinn macht, wenn es nicht – wie oft in der Vergangenheit passiert – politisch und wirtschaftlich mißbraucht wird und als Futtertrog für die Privilegien- und Partei-buchwirtschaft dient.

Wir meinen: Nur öffentliches Eigentum ermöglicht öffentliche Kontrolle – nur öffentliches Eigentum macht öffentliche Mitbestimmung möglich.

Setzen Sie ein Zeichen des Protests gegen den Ausverkauf der österreichischen Wirtschaft. Unterstützen Sie diese Initiative, z.B. mit ihrer Unterschrift.

Unsere Kampagne wird nur ein Stein in einem größeren Mosaik sein können. Eines können wir aber schon jetzt versprechen: Wir werden nichts unversucht lassen, um den Privatisierern auf die Finger zu klopfen!



Erste Spitäler privatisiert

Mit der Lüge von einer unhaltbaren Kostenexplosion im Gesundheitssystem sollen der Privatisierung dieses wichtigen Bereichs Tür und Tor geöffnet werden – denn das Kapital wittert große Profitmöglichkeiten. Von Waltraud Stiefsohn, Vorsitzende der KPÖ-Wien

Die Steigerungsraten für Gesundheitsausgaben lagen in Österreich in den letzten 40 Jahren bei 3,5 %. Im Vergleich dazu in Deutschland bei 5,6 % und in den USA bei 7,9 %. Zur Zeit haben 99 % aller ÖsterreicherInnen Zugang zur Gesundheitsversorgung – und das bei nur 8,9 % Anteil der Kosten am Bruttoinlandsprodukt.

Die viel zitierte „Kostenexplosion“ und daraus folgende „Unleistbarkeit“ ist für Dr. Werner Vogt, Mitinitiator des Sozialstaatsvolksbegehrens, eine einzige große Lüge. Denn das bestehende Sozialversicherungssystem wurde zu einer Zeit „gezimmert“, als alle arm waren. Vogt: „Und heute, wo Österreich zu den reichsten Ländern der Welt gehört, soll es nicht mehr finanzierbar sein?“

Die Lüge muss jedoch immer wieder aufgewärmt werden, damit die Privatisierung des Gesundheitsbereichs vorangetrieben werden kann. Derzeit steht z.B. die Privatisierung öffentlicher Gemeinde- und Landesspitäler an – in Deutschland werden bereits rund 30 Prozent aller öffentlichen Spitäler von Privaten geführt.

Einen Beschluss, mit Auswirkungen auf ganz Österreich, fasste die steirische Landesregierung. Sie will ihre 20 Spitäler mit einem Umsatz von 1,24 Milliarden Euro und 16.000 Beschäftigten von einer privaten Managementfirma führen lassen. Bereits 2004 soll das über die Bühne gehen, darin sind sich SPÖ und ÖVP einig. In Kitzbühl wurde das Krankenhaus gleich zu 74 Prozent an die deutsche Helios Kliniken-Gruppe verkauft.

Private Anbieter – wie z.B. die Helios-Kliniken oder die Asklepios-Gruppe, die auch US-Spitäler betreibt, die börsennotierten Rhön-Kliniken und die Sana-Gruppe der Privat-

versicherungen – sind überzeugt, dass die Marktöffnung weitergehen wird. Wie sich diese Konzerne Gesundheitsversorgung vorstellen, bringt einer ihrer Spitalsexperten auf den Punkt: „Die Öffentlichkeit wird die Grundversorgung sicherstellen müssen. Das kann sie selbst machen oder bei Privaten zukaufen. Die Zusatzleistungen werden aber vor allem von Privaten erbracht werden“. D.h.: Jede und jeder wird sich zusätzlich um eine private Krankenversicherung kümmern müssen!

Und schon im Oktober des vergangenen Jahres ließ uns Hauptverbandspräsident Martin Gleitsmann wissen, dass Versicherte innerhalb des öffentlichen Kassensystems wählen können sollten: zwischen einer Gesamtversorgung und einer Basisversorgung mit privater Zusatzversicherung. Was er nicht ausgesprochen hat: Es geht um die Durchsetzung einer Zwei-Klassen-Medizin.

Wir sagen: Weder Selbstbehalte noch private Krankenversicherung.

Es gibt genug Geld zur Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage für Krankenkassenbeiträge, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe und Eintreibung jener Millionen Steuerschulden, die Unternehmen den Krankenkassen schuldig sind, Zweckbindung der Alkohol- und Tabaksteuer, Einbeziehung der Profite der Pharmakonzerne.



Wohin die Reise geht

Mit der Ausgliederung der Spitäler sind bereits Voraussetzungen für Privatisierungen gesetzt worden. Von Beatrix Todter (Personalvertreterin des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) im Elisabeth-Spital.

Als im Jahr 2000 der Krankenanstaltenverbund (KAV) ausgegliedert und zu einem neuen Unternehmen wurde, erfolgte das mit der klaren Zielvorgabe, die Spitäler nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu führen. Gleichzeitig wurden die Zuwendungen durch die Gemeinde Wien an den KAV gekürzt.

Kleine Spitäler werden geschlossen und Immobilien, wie das Mauthner'sches Kinderspital, die Poliklinik, die Kinderklinik Glanzing verkauft. Letzteres wurde von der Gemeinde um 1 Schilling an den Krankenanstaltenfonds verkauft, der wiederum das Areal um 6 Millionen Euro (!) an eine Firma verkaufte, die dort nun Luxuswohnungen errichtet. Noch nicht realisiert ist der Verkauf des Gebäudes der Semmelweisklinik, und im Gespräch ist, das orthopädische Krankenhaus Gersthof zu schließen. 2004 soll das AKH als Kapitalgesellschaft geführt werden.

Wohin die Reise geht, verdeutlicht ein Beispiel: In Niederösterreich gibt es 76 stationäre Betten für Dialyse-Pa-

tientInnen. Ein Primararzt in Mödling bietet weitere 30 Plätze an. Nur: Der Primar hat keinen Kassenvertrag. Obwohl die Gebietskrankenkasse dem Arzt die Leistung wesentlich höher abgelden wollte als einem öffentlichen Spital, hat er einen Vertrag mit der Begründung „wirtschaftlich unrentabel“ abgelehnt!

Die gesamten Entwicklungen im Gesundheitsbereich sind eng verknüpft mit dem „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)“ der Welthandelsorganisation WTO. Bereiche der soziale Absicherung und Grundversorgung, die wir alle jeden Tag benötigen, und die noch zum Großteil durch öffentliche Einrichtungen angeboten werden, sollen dem privaten Markt weltweit geöffnet werden. So auch die Gesundheitsversorgung.

Privilegien?

Worin bestehen die sogenannte „Privilegien“ von uns EisenbahnerInnen, über die sich die Regierung, das Bahn-Management und die „Kronzeitung“ aufregen? Darin, dass nach einem Jahrzehnt des ständigen Dienstpostensabbaus nun ein weiteres Viertel der Belegschaft wegrationalisiert werden soll, während wir zur selben Zeit Millionen Überstunden fahren?

Wir Bahnbediensteten werden uns gegen die ständigen Übergriffe und die öffentliche Herabsetzung unserer Arbeit wehren. Dabei gehts aber nicht nur um uns, unsere Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, sondern vor allem um unsere Bahn. Darum, dass der Transport auf der Schiene die billigste und ökologischste Form

der Güterbeförderung darstellt. Es geht darum, dass eine sichere Bahn, an der die Allgemeinheit ein großes Interesse hat, ausreichend motiviertes Personal und Investitionen braucht. Und schließlich treten wir dafür ein, dass die ÖBB als strategisches Unternehmen im öffentlichem Eigentum bleibt, weil wir nicht zulassen wollen, dass die Verkehrspolitik in unserem Land von weit entfernten Konzernzentralen gesteuert wird.

Die Bahn gehört eben uns allen. Und wir wollen mit unserer Qualifikation und unserem Verantwortungsbewusstsein für Sie weiter tätig sein.



**Theo Schneider
Vorsitzender des
GLB-Eisenbahn**

Post muss im öffentlichen Eigentum bleiben!



Robert Hobek
Post-Personalvertreter

Die Österreichische Post ist ein Unternehmen, welches über eine Jahrhunderte alte Tradition als öffentlicher – also Staatsbetrieb – verfügt. Schon zu Kaisers Zeiten war die Post nie Privateigentum. Sie soll nun auf Geheiß von EU und der schwarzblauen Raubritter-Regierung verkauft und an private Anbieter – vor allem ans Ausland – verschert werden. Größter Interessent ist dabei die Deutsche Post.

Der Bevölkerung wird vorgegaukelt, dass eine private Post durch mehrere Anbieter für die Kunden billiger wird und durch den Wegfall aus der öffentlichen Verwaltung auch Steuern gesenkt würden. Doch der Schein trügt – wie Berichten aus anderen EU-Ländern zeigen. In England z.B. gibt es eine sehr schlechte Versorgung mit Postdiensten, da sehr viele Postämter geschlossen wurden, was vor allem für die ältere Bevölkerung ein Problem darstellt. Auch was die Tarife betrifft, sind die Gebühren bei der Zustellung der Briefsendungen sehr hoch und zudem ist die Zustellung, die hauptsächlich von privaten Postdiensten getragen wird, sehr mangelhaft. Längst will man auch in Österreich solchen Unsinn durch-

setzen. Die erste Schließungswelle von Postämtern wurde bereits durchgezogen. Nicht nur die Bediensteten bei der Post, die von massiven Personalabbau betroffen sind, auch die Bevölkerung muss endlich erkennen, dass es sich um einen Betrieb handelt, der von Seiten der Regierung und von den Lobbys privater Zustelldienste – das sind vor allem Medien-Konzerne, die innerhalb der EU schon über 30% des Marktes kontrollieren und bei Postsendungen den Preis diktieren – zerstört werden soll.

Die KPÖ und der Gewerkschaftliche Linksblock, Organisationen die immer vor dem Beitritt zur EU gewarnt haben, und die für den Erhalt und den Ausbau von öffentlichem Eigentum eingetreten sind, werden ihren Kampf gegen diesen Ausverkauf fortsetzen.

Ich selbst werde, gemeinsam mit anderen Betriebsräten aus öffentlichen Betrieben, ein Volksbegehren initiieren, welches zum Ziel hat, dass eine Volksabstimmung über den Verkauf von staatlichen Dienstleistungen durchgeführt wird.

| Unterstützungserklärung für Volksabstimmung gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums | | | | |
|--|---------|------------|-------------------|--------------|
| Familien- und Vorname | Adresse | Geb.-Datum | Unterstütz.-Datum | Unterschrift |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |